

## Antrag an den Landesparteitag DIE LINKE NRW vom 3-5.12.21

Antragsteller: Kreisverband Mettmann

### **Antrag: Beteiligungssoftware zur Mitgestaltung von Anträgen**

Der Landesparteitag beschließt, dass den Kreisverbänden ab dem nächsten Parteitag eine Software zur Verfügung gestellt wird (auch „Pad“ genannt), wie z.B. „CONSUL“, durch die Antragsentwürfe gemeinsam online bearbeitet werden können. Der Link zu den Anträgen wird den Delegierten vorab zur Verfügung gestellt.

### **Begründung:**

Der erste Grund, der für diesen Antrag spricht ist, dass Digitalisierung nicht nur im Wahlprogramm als wichtiges Thema aufgestellt, sondern auch in der eigenen Partei gelebt werden sollte. Über Beteiligungssoftwares kann zudem verhindert werden, dass viele kleine Änderungsanträge auf Parteitag gestellt werden, die den Antragsteller\*innen auch im Vorhinein vorgeschlagen werden könnten. Zusätzlich schafft eine solche Arbeitsweise Transparenz und bietet interessierten Mitgliedern die Möglichkeit sich an der Bearbeitung zu beteiligen. Damit stärken wir die LINKE als Mitgliederpartei.

Antrag an den Landesparteitag DIE LINKE NRW vom 3-5.12.21

Antragsteller: Kreisverband Mettmann

Antrag: **Barrierefreies Programm**

Der Landesparteitag beschließt, dass mindestens das Kurzwahlprogramm für die Landtagswahl 2022, das online zu finden ist, barrierefreie Versionen enthält. Dies meint mindestens ein Programm in leichter Sprache, eine Hörversion, eine Version in Gebärdensprache und ein Programm in großer Schrift. Langfristig sollten alle Materialien in weiteren Versionen und auch anderen Sprachen auffindbar sein.

Begründung:

Um die demokratische Mitbestimmung zu fördern müssen wir unser Programm so vielen Menschen wie möglich zugänglich machen. Gerade im Zeichen der Inklusion sollten Menschen mit Einschränkungen nicht länger zurückgelassen werden. DIE LINKE, die sich als einzige Partei ohne Kompromisse für Inklusion einsetzt sollte auch bei der Gestaltung ihrer Materialien Vorbild sein.

Änderungsantrag an den Landesparteitag DIE LINKE NRW vom 3-5.12.21

Antragsteller: Kreisverband Mettmann

Antrag: **Änderung Programm Z.480**

Zeile 480 soll wie folgt geändert werden - Vorher: „Schärfere Vorgaben zu Infektionsschutz und Krankenhaushygiene durch das Gesundheitsamt machen“

Neu: „~~Schärfere~~ Die Vorgaben zu Infektionsschutz und Krankenhaushygiene durch das Gesundheitsamt ~~machen~~ durchsetzen und kontrollieren“

Begründung:

Die Vorgaben sind schon „scharf“, sie werden nur nicht durchgesetzt und kontrolliert.

## Änderungsantrag an den Landesparteitag DIE LINKE NRW vom 3-5.12.21

Antragsteller: Kreisverband Mettmann

### Antrag: **Änderung „Der ewige Antrag“**

Alt:

Der Landesparteitag möge beschließen, den neuen Landesvorstand zu beauftragen, spätestens zu den Landtagswahlen 2017, und nachfolgenden Wahlen, ein Informationsheft (Reader) herauszubringen, der grundlegende Informationen zur politischen Mitbestimmung enthält. Angefangen von der kommunalen Ebene, über das Land hin zum Bund, welche Entscheidungen in den einzelnen Ebenen überhaupt möglich sind, wie die Kompetenzen verteilt sind und wer die Partei DIE LINKE ist, welche Ziele sie verfolgt und warum es sich lohnt, sich in der Partei zu engagieren. Dieser Reader sollte zunächst in einfacher deutscher Sprache erstellt werden und dann in folgenden Sprachen zur Verfügung gestellt werden: Englisch, Französisch, Arabisch, Rumänisch, Bulgarisch, Türkisch, Kurdisch, Russisch und ggfs. anderen Sprachen

Neu:

Der Landesparteitag möge beschließen, den ~~neuen~~ Landesvorstand zu beauftragen, spätestens zu den ~~Landtagswahlen 2017, und~~ nachfolgenden Wahlen, ein Informationsheft (~~Reader~~) herauszubringen, das grundlegende Informationen zur politischen Mitbestimmung enthält. Angefangen von der kommunalen Ebene, über das Land hin zum Bund, welche Entscheidungen in den einzelnen Ebenen überhaupt möglich sind, wie die Kompetenzen verteilt sind und wer die Partei DIE LINKE ist, welche Ziele sie verfolgt und warum es sich lohnt, sich in der Partei zu engagieren. ~~Dieser Reader sollte zunächst in einfacher deutscher Sprache erstellt werden und dann in folgenden Sprachen zur Verfügung gestellt werden: Englisch, Französisch, Arabisch, Rumänisch, Bulgarisch, Türkisch, Kurdisch, Russisch und ggfs. anderen Sprachen~~

Dieses Informationsheft sollte sich am „Roten Ordner“ aus der PDS orientieren und im Zeichen der Digitalisierung und wegen Ressourcen schonenden Gründen online zur Verfügung stehen. Somit schafft man außerdem eine größere Reichweite und aktiviert Menschen sich in der Partei aktiv zu werden. Er sollte in einfacher Sprache, jedoch auch nach und nach in weiteren Fremdsprachen erstellt werden.

Begründung:

Durch den Onlinezugriff schaffen wir eine höhere Reichweite, sparen Ressourcen und setzen die Hemmschwelle bei der Informationsbeschaffung herunter.

## Änderungsantrag an den Landesparteitag DIE LINKE NRW vom 3-5.12.21

Antragsteller: Kreisverband Mettmann

### Antrag: **Änderung „Militarisierung stoppen – Nein zur NATO in Bochum und anderswo“**

Alt:

Die NATO plant, ihre Zentrale für Cyberkriege auf dem ehemaligen Opel-Gelände in Bochum anzusiedeln. Die „Communications and Information Agency“, kurz NCIA, spielt eine zentrale Rolle bei der vernetzten Kriegsführung, bei Einsätzen von Killerdrohnen und Cyberangriffen. Neben Land, Luft, See und Weltall gilt der Cyberspace für die NATO schon seit einigen Jahren als fünfter Operationsraum. Cyberattacken können sogar den NATO-Bündnisfall auslösen. Auch für die Bundeswehr geht es bei „Cybersicherheit“ längst nicht mehr nur um „Verteidigung“, sondern ganz konkret auch um den Aufbau von Offensivkapazitäten. Die Entwicklung und Durchführung Offensiver Militärischer Cyber-Operationen (OMCO) entzieht sich der demokratischen Kontrolle, löst neue Rüstungswettläufe aus und gefährdet die globale Sicherheit. DIE LINKE.NRW setzt sich entschieden gegen die Militarisierung des Cyber- und Informationsraums ein. Die Ansiedlung einer NATO-Agentur lehnen wir ab, in Bochum und anderswo. Militärische Kommunikations- und Informationssysteme sind im Kriegsfall bevorzugte Ziele für Raketenangriffe und Bombardements. Durch die Ansiedlung der NATO Cyberkriegsagentur in Bochum droht das Ruhrgebiet zum herausgehobenen Angriffsziel zu werden. Es darf nicht sein, dass mit der Sicherheit von Millionen Bürgerinnen und Bürgern gespielt wird. DIE LINKE.NRW lehnt eine weitere Militarisierung des Ruhrgebiets ab. Befürworter der Ansiedlung der NATO-Agentur argumentieren mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Stärkung des Wissenschaftsstandorts Bochum für IT-Sicherheit. DIE LINKE.NRW setzt sich ein für die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Zukunft, nicht für den Krieg. Anstatt im Zuge des 2-Prozent-Ziels bei der NATO-Aufrüstung Abermilliarden in teures Kriegsgerät zu stecken, fordern wir Investitionen in soziale Sicherheit, Bildung, Gesundheit und Klimaschutz. Eine Beteiligung der Ruhr-Universität Bochum an Forschung für den Krieg sowie die Verwendung militärischer Forschungsmittel lehnen wir ab. DIE LINKE.NRW fordert die Wiedereinführung der Zivilklausel für Universitäten in Nordrhein-Westfalen. Wissenschaft und Hochschulen müssen ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen. Als Mitglied des Städtebündnisses „Mayors for Peace“ hat sich Bochum verpflichtet, einer weiteren Militarisierung entgegenzuwirken und sich für Abrüstung und Frieden einzusetzen. Die Eröffnung eines bis zu 2.000 Personen starken Planungszentrums für die aggressive Kriegsstrategie der NATO in der Stadt widerspricht dieser Friedensmaxime. DIE LINKE.NRW setzt sich für eine sozialverträgliche Konversion der deutschen Rüstungsindustrie im Ruhrgebiet, in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland ein. DIE LINKE.NRW bekräftigt ihre Forderung nach einem generellen gesetzlichen Verbot von Waffenexporten

Neu:

Die NATO plant, ihre Zentrale für Cyberkriege auf dem ehemaligen Opel-Gelände in Bochum anzusiedeln. ~~Die „Communications and Information Agency“, kurz NCIA, spielt eine zentrale Rolle bei der vernetzten Kriegsführung, bei Einsätzen von Killerdrohnen und Cyberangriffen. Neben Land, Luft, See und Weltall gilt der Cyberspace für die NATO schon seit einigen Jahren als fünfter Operationsraum. Cyberattacken können sogar den NATO-Bündnisfall auslösen. Auch für die~~

~~Bundeswehr geht es bei „Cybersicherheit“ längst nicht mehr nur um „Verteidigung“, sondern ganz konkret auch um den Aufbau von Offensivkapazitäten. Die Entwicklung und Durchführung Offensiver Militärischer Cyber Operationen (OMCO) entzieht sich der demokratischen Kontrolle, löst neue Rüstungswettläufe aus und gefährdet die globale Sicherheit. DIE LINKE.NRW setzt sich entschieden gegen die Militarisierung des Cyber- und Informationsraums ein. Die Ansiedlung einer NATO-Agentur lehnen wir ab, in Bochum und anderswo. Militärische Kommunikations- und Informationssysteme sind im Kriegsfall bevorzugte Ziele für Raketenangriffe und Bombardements. Durch die Ansiedlung der NATO Cyberkriegsagentur in Bochum droht das Ruhrgebiet zum herausgehobenen Angriffsziel zu werden. Es darf nicht sein, dass mit der Sicherheit von Millionen Bürgerinnen und Bürgern gespielt wird. DIE LINKE.NRW lehnt eine weitere Militarisierung des Ruhrgebiets ab. Befürworter der Ansiedlung der NATO-Agentur argumentieren mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Stärkung des Wissenschaftsstandorts Bochum für IT-Sicherheit. DIE LINKE.NRW setzt sich ein für die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Zukunft, nicht für den Krieg. Anstatt im Zuge des 2-Prozent-Ziels bei der NATO Aufrüstung Abermilliarden in teures Kriegsgerät zu stecken, fordern wir Investitionen in soziale Sicherheit, Bildung, Gesundheit und Klimaschutz. Eine Beteiligung der Ruhr-Universität Bochum oder anderer Universitäten an Forschung für den Krieg sowie die Verwendung militärischer Forschungsmittel lehnen wir ab. DIE LINKE.NRW fordert die Wiedereinführung der Zivilklausel für Universitäten in Nordrhein-Westfalen. Wissenschaft und Hochschulen müssen ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen. Als Mitglied des Städtebündnisses „Mayors for Peace“ hat sich Bochum verpflichtet, einer weiteren Militarisierung entgegenzuwirken und sich für Abrüstung und Frieden einzusetzen. Die Eröffnung eines bis zu 2.000 Personen starken Planungszentrums für die aggressive Kriegsstrategie der NATO in der Stadt widerspricht dieser Friedensmaxime. DIE LINKE.NRW setzt sich für eine sozialverträgliche Konversion der deutschen Rüstungsindustrie im Ruhrgebiet, in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland ein. DIE LINKE.NRW bekräftigt ihre Forderung nach einem generellen gesetzlichen Verbot von Waffenexporten~~

Begründung:

Der Textteil der hier gestrichen werden soll lenkt von den Forderungen der LINKEN ab und nennt die Beweggründe der Standorterweiterung, die wir ebenfalls ablehnen.

Antrag an den Landesparteitag DIE LINKE NRW vom 3-5.12.21

Antragsteller: Kreisverband Mettmann

Antrag: **Abstimmung Kurzwahlprogramm**

Es wird beantragt, dass das zu erstellende Kurzwahlprogramm demokratisch legitimiert wird, indem den Delegierten sowohl Zeit für Änderungsanträgen eingeräumt wird, als auch eine Abstimmung erfolgt.

Begründung:

DIE LINKE ist eine demokratische Partei.

Antrag an den Landesparteitag DIE LINKE NRW vom 3-5.12.21

Antragsteller: Kreisverband Mettmann

Antrag: **Änderung Langwahlprogramm (ab S.85)**

Zeile 3327 ergänzen um: (...) einführen. „Es müssen ausreichende Fahrt- und Wendezeiten sowie mehr Zeit für den Fahrgastwechsel eingeplant werden.“

Zeile 3338 ergänzen um (...) Fremdvergabe. „Die Bediensteten sind angemessen zu entlohnen. In früheren Jahren herabgestufte Lohngruppen müssen wieder in die höhere Lohngruppe rückgeführt werden. Die Entgeltgruppen sind an die tatsächliche Betriebszugehörigkeit zu koppeln bzw. anzupassen.

Zeile 3340 ergänzen um (...) ermöglichen. „Ausstieg ab Eintritt der Dunkelheit und sicherer Verkehrslage gestatten.“